

Armut und politische Teilhabe von Jugendlichen

Über den Mythos der geringeren Teilhabebereitschaft von Jugendlichen aus Armutsverhältnissen

Statistische Erhebungen zeigen seit einigen Jahren einen positiven Trend in der politischen Teilhabe von Jugendlichen. Dieses Bild ist von einer starken sozialen Spaltung geprägt, da Jugendliche aus Armutsverhältnissen seltener politisch partizipieren. Eine häufige Schlussfolgerung ist, dass diese Jugendlichen kein Interesse an Politik haben. Problematisch an dieser stigmatisierenden Interpretation ist allerdings, dass die Befragten in den meisten Erhebungen ihr Verhältnis zur Politik kaum ausformulieren können. Die hier umrissene Studie, die während einer Qualifikationsarbeit entstand, ließ Jugendliche aus Armutsverhältnissen daher selbst zu Wort kommen.

■ Politische Delegitimierung resultiert nicht direkt aus Armut, sondern daraus, dass den Jugendlichen ein vermeintlich geringes politisches Wissen attestiert wird.

In allen Interviews berichteten die Jugendlichen von einem vielfältigen Engagement in unterschiedlichen Strukturen, beispielsweise in Vereinen oder Jugendzentren. Obgleich die Jugendlichen sich dort für ihre Belange einsetzen, stellt dies für sie keine politische Arbeit dar. Politische Partizipation beschrieben die Jugendlichen vielmehr als Praxis, die in etablierten politischen Strukturen stattfindet (beispielsweise Parteien). Hier zeigen sich Anknüpfungspunkte zum Soziologen Pierre Bourdieu. Nach ihm ist nahezu jedes Handeln politisch, da es sich auf gesellschaftliche Zustände bezieht. Gleichzeitig beschreibt er das „politische Feld“, in dem öffentlich gestritten wird (zum Beispiel Parlamente). Teilhabende des politischen Feldes verstehen sich dabei als „richtige“ Politiker*innen und werden, bei aller Kritik, auch von Nicht-Teilhabenden des politischen Feldes als solche anerkannt. Um im politischen Feld mitzuwirken, werden drei „Kapitalien“ benötigt: Wissen über

Abläufe im politischen Feld, Kontakte in das politische Feld und ökonomisches Kapital, um den zeitintensiven Aktivitäten im politischen Feld nachzukommen.

In ihren Sozialisationsinstanzen (Schule, Freizeitstätten, Peergroup und Familie) wird den befragten Jugendlichen allerdings vermittelt, dass ihr Wissen für das politische Feld nicht ausreicht. Zudem beschrieben sie, dass sie keine Kontakte in das politische Feld haben. Politische Delegitimierung resultiert entsprechend nicht direkt aus Armut, sondern daraus, dass den Jugendlichen ein vermeintlich geringes politisches Wissen attestiert wird und weniger Kontakte in das politische Feld bestehen. Entsprechend erhalten sie keine Aufmerksamkeit im politischen Feld. Dies liegt auch darin begründet, dass die Teilhabenden des politischen Feldes ein Interesse daran haben, sich abzugrenzen, um als einzig legitimierte Politiker*innen wahrgenommen zu werden. Aufgrund dieser Erfahrungen formulieren die Jugendlichen schließlich einen Selbstausschluss aus der Politik. Dieser wird zwar mit Desinteresse begründet, basiert jedoch maßgeblich auf vorherigen Delegitimierungserfahrungen.

Für politische Bildungsarbeit bedeutet dies, dass keine Grenze zwischen einem politischen und unpolitischen Engagement gezogen werden darf. Es benötigt Konzepte, die sich an der Lebenswelt der Jugendlichen orientieren und nicht voraussetzen, dass die Jugendlichen erst spezifische Kompetenzen erwerben. Die Jugendlichen müssen mit ihrem bereits vorliegenden Engagement ernstgenommen werden. Diese Legitimation würde ermöglichen, dass die Jugendlichen sich als politisch handelnde Subjekte verstehen. Gleichzeitig bedarf es einer machtkritischen Bildungsarbeit, die sich an alle richtet. Es erscheint fraglich, weshalb die Delegitimierten allein für ihre Legitimation kämpfen sollten, während Grenzen der Teilhabe im politischen Feld fortbestehen. •



SINUS Jugendstudie



Shell Jugendstudie

Oscar Yendell

Universität Mannheim
Fakultät für Sozialwissenschaften
Arbeitsgruppe für Unterrichts-
qualität in heterogenen Kontexten
yendell@uni-mannheim.de